

Allgemeinen Einkaufsbedingungen L & S Deutschland GmbH

General Terms and Conditions of Purchase L & S Deutschland GmbH

§ 1 Geltungsbereich, Form

- (1) Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen (AEB) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern und Lieferanten („Verkäufer“). Die AEB gelten nur, wenn der Verkäufer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
- (2) Die AEB gelten insbesondere für Verträge über den Verkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“), ohne Rücksicht darauf, ob der Verkäufer die Ware selbst herstellt oder bei Zulieferern einkauft (§§ 433, 650 BGB). Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AEB in der zum Zeitpunkt der Bestellung des Käufers gültigen bzw. jedenfalls in der ihm zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten.
- (3) Diese AEB gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Verkäufers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn wir in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verkäufers dessen Lieferungen vorbehaltlos annehmen.
- (4) Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Verkäufer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AEB. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.
- (5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Verkäufers in Bezug auf den Vertrag (zB Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt) sind schriftlich, dh in Schrift- oder Textform (zB Brief, E-Mail, Telefax) abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden bleiben unberührt.
- (6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Angebote und Vertragsschluss

- (1) Unsere Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z.B Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Verkäufer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.
- (2) Der Verkäufer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 1 Woche schriftlich zu bestätigen oder insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme). Eine verspätete Annahme gilt als neues Angebot und bedarf der Annahme durch uns.
- (3) Sämtliche Angebote, welche für uns erstellt werden, sind kostenlos erstellt, auch wenn diese im Anschluss an eine Angebotsaufforderung, erstellt wurden.
- (4) Sofern nicht anderweitig vereinbart, ist das Angebot des Verkäufers für eine Dauer von sechzig (60) Tagen nach Eingang bei uns bindend.

§ 3 Lieferzeit und Lieferverzug

- (1) Die von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Wenn die Lieferzeit in der Bestellung nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart wurde, beträgt sie 3 Wochen ab Vertragsschluss. Der Verkäufer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.
- (2) Erbringt der Verkäufer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 3 bleiben unberührt.
- (3) Ist der Verkäufer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz unseres Verzugsschadens iHv 1% des Nettopreises pro vollendete Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5% des Nettopreises der verspätet gelieferten Ware. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Verkäufer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

Allgemeinen Einkaufsbedingungen L & S Deutschland GmbH

General Terms and Conditions of Purchase L & S Deutschland GmbH

§ 4 Leistung, Lieferung, Verkehrsfähigkeit, Gefahrübergang, Annahmeverzug

- (1) Der Verkäufer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z.B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Jedweder Versuch, Rechte oder Verpflichtungen aus dem Vertrag ohne Zustimmung an Dritte abzutreten, macht eine derartige Abtretung nichtig. Der Verkäufer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z.B. Beschränkung auf Vorrat).
- (2) Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands „frei Haus“ (Incoterms 2020: DDP) an den in der Bestellung angegebenen Ort, soweit nichts anderes vereinbart ist. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz in Rödinghausen zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung (Bringschuld).
- (3) Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe der Verkäuferangaben, unserer Bestellnummer, unserer Bestellpositionen, unserer Materialnummer, der Artikelbezeichnung, der Stückzahl, der Anzahl an Packstücken, der Empfängeranschrift und das Brutto- und Nettogewicht beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.
- (4) Bei jeglicher Korrespondenz sind unsere Auftragsnummern, das Bestelldatum und die Artikelbezeichnungen mit Mengenangabe anzugeben.
- (5) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.
- (6) Der Verkäufer gewährleistet, dass die Ware bei Gefahrübergang dem Stand der Technik entsprechen und am Erfüllungsort verkehrsfähig sind, insbesondere alle anwendbaren Vorgaben betreffend Eigenschaften, Beschaffenheit, Gestaltung, stoffliche Zusammensetzung, Sicherheit und Recyclingfähigkeit eingehalten werden. Der Verkäufer gewährleistet, dass der Verkäufer bei der Erbringung von Leistungen vor Ort die dort geltenden Gesetze und Verordnungen, insbesondere bezüglich Verbraucher- und Umweltschutzes, Sicherheit am Arbeitsplatz, Gefahrstoffen oder gefährlichen Materialien, Bauordnungen, sowie Vorschriften zum Schutz der Gesundheit einhält. Der Verkäufer führt dabei erforderliche Verfahren nach Maßgabe der anwendbaren rechtlichen Vorgaben im eigenen Namen und auf eigene Rechnung durch, d. h. der Verkäufer holt insbesondere erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen oder Registrierungen (einschließlich solcher im Anwendungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 („REACH“) und RoHS-Richtlinie 2011/65/EU umgesetzt durch die ElektroStoffV) ein und gibt erforderliche Anzeigen, Notifizierungen und Meldungen ab.
- (7) Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Verkäufer muss uns seine Leistung auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z.B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Verkäufer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Verkäufer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelanfertigung), so stehen dem Verkäufer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.
- (8) Die Parteien haftet nicht für Unmöglichkeit der Lieferung oder für Lieferverzögerungen, soweit diese durch höhere Gewalt oder sonstige, zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nicht vorhersehbare Ereignisse verursacht worden sind, die eine Partei nicht zu vertreten hat. Bei Hindernissen vorübergehender Dauer verlängern sich die Liefer- oder Leistungsfristen oder verschieben sich die Liefer- oder Leistungstermine um den Zeitraum der Behinderung. Kann uns infolge der Verzögerung die Abnahme der Lieferung oder Leistung nicht zugemutet werden, können wir durch unverzügliche schriftliche Erklärung gegenüber dem Verkäufer vom Vertrag zurücktreten. Der Verkäufer hat uns unverzüglich darüber zu informieren, sobald die Unmöglichkeit der Lieferung oder eine Lieferverzögerung bekannt wird.

§5 Exportvorschriften und Konfliktmaterialien

- (1) Der Verkäufer versichert, dass er die Voraussetzungen aller anwendbaren Exportgesetze und -Vorschriften, hierin unter anderem eingeschlossen die U.S. Export Administration Regulations und die International Traffic in Arms Regulations, erfüllt. Dies bedeutet insbesondere, dass er im Besitz sämtlicher benötigter Bewilligungen oder Lizenzen für den Export- oder Re-Export sämtlicher kontrollierter Produkte, Artikel, Waren, Software oder Technologien ist. Außerdem versichert der Verkäufer, dass er nicht vom Export, Re-Export, Erhalt, Kauf, der Verarbeitung oder der anderweitigen Beschaffung von Produkten, Artikeln, Waren, Software oder Technologien, welche durch eine Behörde der Vereinigten Staaten oder eines anderen Staates reguliert sind, suspendiert, ausgeschlossen oder anderweitig eingeschränkt ist oder war.
- (2) Der Verkäufer wird uns, bei einem schuldhaften Verstoß gegen den Abs. 1 von einer Haftung freistellen oder unseren Schaden ausgleichen.
- (3) Für Lieferungen aus Präferenzländern hat der Verkäufer den Präferenznachweis (z.B. EUR.1 oder Ursprungserklärung auf der Rechnung) jeder Lieferung beizufügen. Für innergemeinschaftliche und innerdeutsche Lieferungen hat der Verkäufer Langzeit-Lieferantenerklärungen nach Durchführungsverordnung (EU) 2015/2447 (UZK IA) zur Verfügung zu stellen. Nichtpräferenzuelle Ursprungsnachweise z.B. in Form von Ursprungszeugnissen sind auf Anforderung zur Verfügung zu stellen.
- (4) Konfliktmaterialien werden von der SEC (United States Securities and Exchange Commission) definiert als Columbit-Tantalit (Coltan), Kassiterit, Gold, Wolframit oder deren Derivate, die auf Tantal, Zinn, Gold und Wolfram begrenzt sind.

Allgemeinen Einkaufsbedingungen L & S Deutschland GmbH

General Terms and Conditions of Purchase L & S Deutschland GmbH

Konfliktminerale, die aus der Demokratischen Republik Kongo („DRC“) oder einem benachbarten Land stammen, gemeinsam definiert als die „Geschützten Länder“, können zuweilen „unter der Kontrolle bewaffneter Gruppen“ „zur Finanzierung von Konflikten, die von extremer Gewalt gekennzeichnet sind“, abgebaut und verkauft werden. Einige dieser Minerale können in die Lieferketten der weltweit verwendeten Produkte gelangen, auch in diejenigen der Elektro-/Elektronikbranche. Wir erwarten von dem Verkäufer, über Maßnahmen für Richtlinien und Due Diligence zu verfügen, die es uns ermöglichen, in angemessener Weise sicherzustellen, dass die uns gelieferten Produkte und Komponenten, die Konfliktminerale enthalten, frei von Konfliktmaterialien aus DRC-Ländern („DRC konfliktfrei“) sind. Wir erwarten von den Verkäufern, dass sie dem EICC Verhaltenskodex (<http://www.eiccoalition.org/standards/code-of-conduct/>) nachkommen und ihr Geschäft in Übereinstimmung mit den Erwartungen hinsichtlich unserer Lieferkettenverantwortung betreiben.

- (5) Wir erwarten von unseren Verkäufern, dass diese bei der Bereitstellung von Due Diligence-Informationen zur Bestätigung der Konfliktfreiheit von Tantal, Zinn, Wolfram und Gold in unserer Lieferkette kooperieren. Von den Verkäufern wird erwartet, dass sie ein Lieferkettensystem mit Kontrollen und Transparenz durch den Einsatz von Due Diligence-Tools implementieren, die von der Conflict-Free Sourcing Initiative („CFSI“) oder anderen branchenweiten Initiativen erstellt wurden, wozu das Conflict Minerals Reporting Template („CMRT“) gehört, eine Lieferkettenerhebung zur Identifizierung der Hüttenwerke und Raffinerien, die die notwendigen, in unseren Produkten enthaltenen Konfliktminerale verarbeiten.

Wir richten uns an Verkäufer, die Hüttenwerke und Raffinerieanlagen in ihrer Lieferkette haben, welche nicht über eine „konfliktfreie“ Bezeichnung von einem unabhängigen externen Prüfungsprogramm verfügen, und fordert sie auf, sich an einem solchen Programm zu beteiligen und Informationen über das Ursprungsland und die Produktkette anzufordern.

§ 6 Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.
- (2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Verkäufers (z.B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z.B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung) ein.
- (3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Verkäufer 3% Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung.
- (4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Für den Zahlungsverzug gelten die gesetzlichen Vorschriften.
- (5) Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Verkäufer zustehen.
- (6) Der Verkäufer hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.

§ 7 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt

- (1) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist.
- (2) Werkzeuge, Modelle und Materialien, die wir dem Verkäufer zur Verfügung stellen oder die zu Vertragszwecken gefertigt und uns durch den Verkäufer gesondert berechnet werden, bleiben in unserem Eigentum oder gehen in unser Eigentum über. Der Verkäufer wird sie als unser Eigentum kenntlich machen, sorgfältig verwahren, in angemessenem Umfang gegen Schäden jeglicher Art absichern und nur für Zwecke des Vertrages benutzen.
- (3) Alle anfallenden Kosten für die Unterhaltung und Reparatur der Werkzeuge trägt der Verkäufer.
- (4) Der Verkäufer wird uns unverzüglich von allen nicht nur unerheblichen Schäden an diesen Werkzeugen und Modellen Mitteilung machen. Er ist nach Aufforderung verpflichtet, sie im ordnungsgemäßen Zustand an uns herauszugeben, wenn sie von ihm nicht mehr zur Erfüllung der mit uns geschlossenen Verträge benötigt werden. Derartige Gegenstände sind auf Kosten des Verkäufers in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.
- (5) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Verkäufer wird für uns vorgenommen. Das gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben.
- (6) Die bei der Bearbeitung von kostenlos zur Verfügung gestellten Materialien entstehende Abfälle sind an uns zurückzugeben. Der Verkäufer hat uns umgehend von jedwedem fehlerhaften oder jeder nicht ausreichenden Menge Material zu berichten; anderenfalls ist diese Einrede verwirkt. Diese Materialien sind ausschließlich für die Ausführung unserer Bestellungen zu verwenden. Sie dürfen weder vervielfältigt noch für andere Zwecke eingesetzt werden.
- (7) Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Verkäufers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Verkäufers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im

Allgemeinen Einkaufsbedingungen L & S Deutschland GmbH

General Terms and Conditions of Purchase L & S Deutschland GmbH

ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

§ 8 Mangelhafte Lieferung

- (1) Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Verkäufer gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Verkäufer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese AEB in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom Verkäufer oder vom Hersteller stammt.
- (3) Zu einer Untersuchung der Ware oder besonderen Erkundigungen über etwaige Mängel sind wir bei Vertragsschluss nicht verpflichtet. Teilweise abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen uns Mängelansprüche daher uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.
- (4) Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (zB Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßigem Geschäftsgang tunlich ist. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet unserer Untersuchungspflicht gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 5 Arbeitstagen ab Entdeckung bzw., bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.
- (5) Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde; unser gesetzlicher Anspruch auf Ersatz entsprechender Aufwendungen bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen trägt der Verkäufer auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.
- (6) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelungen in Abs. 5 gilt: Kommt der Verkäufer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Verkäufer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Verkäufer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (zB wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Verkäufer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.
- (7) Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

§ 9 Lieferantenregress

- (1) Unsere gesetzlich bestimmten Regressansprüche innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß §§ 445a, 445b, 478 BGB) stehen uns neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Wir sind insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Ersatzlieferung) vom Verkäufer zu verlangen, die wir unserem Abnehmer im Einzelfall schulden. Unser gesetzliches Wahlrecht (§ 439 Abs. 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt.
- (2) Bevor wir einen von unserem Abnehmer geltend gemachten Mängelanspruch (einschließlich Aufwendungsersatz gemäß §§ 445a Abs. 1, 439 Abs. 2 und 3 BGB) anerkennen oder erfüllen, werden wir den Verkäufer benachrichtigen und unter kurzer Darlegung des Sachverhalts um schriftliche Stellungnahme bitten. Erfolgt eine substantiierte Stellungnahme nicht innerhalb angemessener Frist und wird auch keine einvernehmliche Lösung herbeigeführt, so gilt der von uns tatsächlich gewährte Mängelanspruch als unserem Abnehmer geschuldet. Dem Verkäufer obliegt in diesem Fall der Gegenbeweis.
- (3) Unsere Ansprüche aus Lieferantenregress gelten auch dann, wenn die mangelhafte Ware durch uns oder einen anderen Unternehmer, zB durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde.

§ 10 Produzentenhaftung

- (1) Ist der Verkäufer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

Allgemeinen Einkaufsbedingungen L & S Deutschland GmbH

General Terms and Conditions of Purchase L & S Deutschland GmbH

- (2) Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Verkäufer Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen werden wir den Verkäufer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.
- (3) Der Verkäufer hat eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von mindestens 5.000.000 Mio EUR pro Personen-/Sachschaden abzuschließen und zu unterhalten.

§ 11 Verjährung

- (1) Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.
- (3) Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

§ 12 Vertraulichkeit

- (1) Die Parteien verpflichten sich, vertrauliche Informationen der anderen Partei unbefristet vertraulich zu behandeln, insbesondere diese Dritten nicht offenzulegen, gegen unbefugten Zugriff zu schützen und ausschließlich im Rahmen der Zusammenarbeit zu verwenden. Das Recht zur ordentlichen Kündigung dieser Vertraulichkeitsverpflichtung ist ausgeschlossen. Vertrauliche Informationen sind:
 - der Vertragsschluss und -inhalt;
 - im Rahmen der Zusammenarbeit entwickelte oder entstandene Informationen;
 - sämtliche Informationen oder Dokumente, die einer Partei von der anderen Partei oder über die andere Partei oder im Rahmen der Zusammenarbeit offengelegt werden, sowie
 - die im Rahmen der Zusammenarbeit erlangte Kenntnis über betriebliche oder organisatorische Abläufe bei den Parteien.
- (2) Diese Verpflichtung gilt nicht, wenn und soweit:
 - vertrauliche Informationen bei Vertragsschluss der anderen Partei bereits bekannt waren oder danach von dritter Seite rechtmäßig, d. h. ohne, dass dadurch eine Vertraulichkeitsvereinbarung, gesetzliche Vorschrift oder behördliche Anordnung verletzt wird, bekannt werden;
 - vertrauliche Informationen bei Vertragsschluss öffentlich bekannt sind oder danach ohne eine schuldhafte Verletzung der vorstehenden Verpflichtung öffentlich bekannt werden;
 - vertrauliche Informationen von der anderen Partei unabhängig entwickelt oder in Erfahrung gebracht wurden;
 - die Offenlegung im Rahmen der Zusammenarbeit oder zur Wahrung der rechtlichen Interessen der Partei erforderlich ist und diese gegenüber entsprechend der oben bezeichneten Verpflichtung schriftlich zur Vertraulichkeit verpflichteten Hilfspersonen oder berufsrechtlich zur Verschwiegenheit verpflichteten Beratern erfolgt;
 - die eine Partei die andere Partei von der Verpflichtung entbunden hat oder
 - aufgrund gesetzlicher Vorschriften, anderer anwendbarer Rechtsvorschriften oder einer gerichtlichen bzw. behördlichen Entscheidung eine zwingende Offenlegungspflicht besteht. In diesem Fall werden sich die Parteien jeweils unverzüglich hiervon schriftlich oder in Textform in Kenntnis setzen und den Umfang der Offenlegung im Rahmen des rechtlich Zulässigen gemeinsam festlegen.

§ 13 Rechtswahl und Gerichtsstand

- (1) Für diese AEB und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Verkäufer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.
- (2) Ist der Verkäufer Kaufmann iSd Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Rödinghausen. Entsprechendes gilt, wenn der Verkäufer Unternehmer iSv § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß diesen AEB bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Verkäufers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

Allgemeinen Einkaufsbedingungen L & S Deutschland GmbH

General Terms and Conditions of Purchase L & S Deutschland GmbH

§ 1 Scope of Application, Form

- (1) These General Terms and Conditions of Purchase (GTCP) shall apply to all business relations with our business partners and suppliers ("Seller"). The GTCP shall only apply if Seller is an entrepreneur (§ 14 German Civil Code), a legal entity under public law or a special fund under public law.
- (2) The GTCP shall apply in particular to contracts for the sale and/or supply of movable goods ("Goods"), irrespective of whether Seller manufactures the Goods itself or purchases them from suppliers (§§ 433, 650 German Civil Code). Unless otherwise agreed, the GTCP in the version valid at the time of the Buyer's order or, in any case, in the version last notified to the Buyer in text form shall also apply as a framework agreement for similar future contracts without us having to refer to them again in each individual case.
- (3) These GTCP shall apply exclusively. Deviating, conflicting and/or supplementary General Terms and Conditions of Seller shall only become part of the contract if and to the extent that we have expressly consented to their application in writing. This requirement of consent shall apply in any case, for example even if we accept Seller's deliveries without reservation in the knowledge of Seller's General Terms and Conditions of Business.
- (4) Individual agreements made with Seller in individual cases (including collateral agreements, supplements and amendments) shall in any case take precedence over these GTCP. Subject to proof to the contrary, a written contract or our written confirmation shall be authoritative for the content of such agreements.
- (5) Legally relevant declarations and notifications of Seller with regard to the contract (e.g. setting of deadlines, reminders, withdrawal) shall be made in writing, i.e. in written or text form (e.g. letter, e-mail, fax). Statutory form requirements and further evidence, in particular in case of doubt about the legitimacy of the declarant, shall remain unaffected.
- (6) References to the applicability of statutory provisions shall only have a clarifying meaning. Even without such clarification, the statutory provisions shall therefore apply unless they are immediately amended or expressly excluded in these GTCP.

§ 2 Offers, Quotations and Conclusion of Contract

- (1) Our order shall be deemed binding at the earliest upon written submission or confirmation. Seller shall point out obvious errors (e.g. spelling and calculation errors) and incompleteness of the order including the order documents for the purpose of correction and/or completion before acceptance; otherwise the contract shall be deemed not to have been concluded.
- (2) Seller shall be obliged to confirm our order in writing within a period of 1 (one) week or to execute it without reservation, in particular by dispatching the goods (acceptance). A delayed acceptance shall be deemed a new offer and requires acceptance by us.
- (3) All offers and quotations created for us are made free of charge, even if they are created following a request for quotation.
- (4) Unless otherwise agreed, Seller's offer shall be binding for a period of sixty (60) days from the date of its receipt by us.

§ 3 Delivery Time and Delays in Delivery

- (1) The delivery time specified by us in the order is binding. If the delivery time is not specified in the order and has not been agreed otherwise, it shall be 3 (three) weeks as from the conclusion of the contract. Seller is obliged to inform us immediately in writing if said Seller is unlikely to be able to meet agreed delivery times - for whatever reason.
- (2) If Seller does not perform or does not perform within the agreed delivery time or if Seller is in default, our rights - in particular to rescission and damages - shall be determined in accordance with the statutory provisions. The provisions in Paragraph 3 shall remain unaffected.

Allgemeinen Einkaufsbedingungen L & S Deutschland GmbH

General Terms and Conditions of Purchase L & S Deutschland GmbH

- (3) If Seller is in default, we may - in addition to further statutory claims - demand lump-sum compensation for our damage caused by default in the amount of 1% of the net price per completed calendar week, however, not more than 5% of the net price of the goods delivered late in total. We reserve the right to prove that higher damage has been incurred. Seller reserves the right to prove that no damage at all or only a significantly lower damage has been incurred.

§ 4 Performance, Supply, Marketability, Transfer of Risk, Default of Acceptance

- (1) Seller shall not be entitled to have the performance owed by it rendered by third parties (e.g. subcontractors) without our prior written consent. Any attempt to assign rights or obligations under this contract to third parties without our consent shall render such assignment null and void. Seller shall bear the procurement risk for Seller's services unless otherwise agreed in individual cases (e.g. limitation to stock).
- (2) Delivery within Germany shall be made "free domicile" (Incoterms 2020: DDP) to the place specified in the order, unless otherwise agreed. If the place of destination has not been specified and nothing else has been agreed, delivery shall be made to our place of business in Rödinghausen. The respective place of destination shall also be the place of performance for such delivery and any subsequent performance (obligation to deliver).
- (3) Delivery order number, our order items, our material number, the article description, the number of pieces, the number of packages, the recipient's address and the gross and net weight. If the delivery note is missing or incomplete, we shall not be responsible for any delays in processing and payment resulting therefrom. Independently from the delivery note, a corresponding dispatch note with the same content shall be sent to us.
- (4) In all correspondence, our order numbers, the date of the order and the designations of the items including quantities must be stated.
- (5) The risk of accidental loss and accidental deterioration of the good shall pass to us upon handover at the place of performance. If acceptance has been agreed, this shall be decisive for the transfer of risk. In all other respects, the statutory provisions of the German law on contracts for work and services shall also apply mutatis mutandis in the event of acceptance. Handover or acceptance, respectively, shall be deemed to have taken place in the event that we are in default of acceptance.
- (6) Seller warrants that the goods are state-of-the-art at the time of transfer of risk and are marketable at the place of performance, in particular that all applicable specifications regarding properties, condition, design, material composition, safety and recyclability are complied with. Seller warrants that, when providing services at the place of performance, Seller shall comply with the laws and regulations applicable there, in particular with regard to consumer and environmental protection, workplace safety, hazardous substances and/or hazardous materials, building codes, as well as health protection provisions. In this context, In doing so Seller shall carry out any required procedures in accordance with the applicable legal requirements in Seller's own name and for Seller's own account, i.e. Seller shall in particular obtain any required approvals, permits, authorisations or registrations (including those within the scope of Regulation (EC) No. 1907/2006 ("REACH") and RoHS Directive 2011/65/EC implemented by the German ElektroStoffV) and submit any required announcements, notifications and reports.
- (7) If we are in default of acceptance, Seller may demand compensation for Seller's additional expenses in accordance with the statutory provisions (§ 304 German Civil Code). If the contract relates to a non-representable item to be manufactured by Seller (custom-made production), Seller shall only be entitled to further rights if we have undertaken to cooperate and are responsible for the failure to cooperate.
- (8) The Parties shall not be liable for impossibility of delivery or for delays in delivery insofar as these have been caused by force majeure or other events unforeseeable at the time of conclusion of the contract for which a Party is not responsible. In the event of hindrances of a temporary nature, the delivery or service deadlines shall be extended or the delivery or service deadlines shall be postponed by the period of the hindrance. If we cannot reasonably be expected to accept the delivery or service as a result of the delay, we may withdraw from the contract by immediately notifying Seller in writing. Seller shall inform us immediately as soon as the impossibility of delivery or a delay in delivery becomes known.

Allgemeinen Einkaufsbedingungen L & S Deutschland GmbH

General Terms and Conditions of Purchase L & S Deutschland GmbH

§5 Export Rules and Conflict Materials

- (1) Seller warrants that said Seller complies with all applicable export laws and regulations, including, without limitation, the U.S. Export Administration Regulations and the International Traffic in Arms Regulations. This means, in particular, that Seller is in possession of all required permits and/or licenses for the export and/or re-export of all controlled products, articles, goods, software and/or technologies. In addition, Seller warrants that seller is not or has not been suspended, debarred, or otherwise restricted from exporting, re-exporting, receiving, purchasing, processing, or otherwise obtaining any product, item, merchandise, software, or technology regulated by any authority of the United States or any other country.
- (2) Seller shall, in the event of a culpable breach of Paragraph 1, indemnify us against any liability or compensate us for our loss.
- (3) For deliveries from preferential countries, Seller shall attach proof of preference (e.g. EUR.1 or Declaration of Origin on the invoice) to each delivery. For intra-Community and intra-German deliveries, Seller shall provide long-term supplier's declarations in accordance with Implementing Regulation (EU) 2015/2447 (UZK IA). Non-preferential proofs of origin, e.g. in the form of certificates of origin, shall be provided upon request
- (4) Conflict Minerals are defined by the SEC (United States Securities and Exchange Commission) as columbite-tantalite (coltan), cassiterite, gold, wolframite or their derivatives limited to tantalum, tin, gold and tungsten. Conflict minerals originating in the Democratic Republic of the Congo ("DRC") or a neighbouring country, collectively defined as the "Protected Countries," may sometimes be mined and sold "under the control of armed groups" "to finance conflicts characterised by extreme violence." Some of these minerals may enter the supply chains of products used around the world, including those in the electrical/electronics industry. We expect the vendor to have policies and due diligence measures in place to reasonably ensure that products and components supplied to us that contain conflict minerals are free of conflict materials from

DRC countries ("DRC conflict free"). We expect vendors to comply with the EICC Code of Conduct (<http://www.eiccoalition.org/standards/codeofconduct/>) and to conduct their business in accordance with our supply chain responsibility expectations.
- (5) We expect our vendors to cooperate in providing due diligence information to confirm that tantalum, tin, tungsten and gold in our supply chain are conflict-free. Vendors are expected to implement a supply chain system with controls and transparency through the use of due diligence tools created by the Conflict-Free Sourcing Initiative ("CFSI") or other industry-wide initiatives, which include the Conflict Minerals Reporting Template ("CMRT"), a supply chain survey to identify the smelters and refiners that process the necessary conflict minerals contained in our products

We are targeting vendors that have smelters and refiners in their supply chain that do not have a "conflict free" designation from an independent third-party verification programme and encouraging them to participate in such a programme and request country of origin and chain of custody information.

§ 6 Prices and Payment Conditions

- (1) The price stated in the order is binding. All prices are inclusive of statutory value added tax if this is not shown separately.
- (2) Unless otherwise agreed in the individual case, the price shall include all services and ancillary services of Seller (e.g. assembly, installation) as well as all ancillary costs (e.g. proper packaging, transport costs including any transport and liability insurance).
- (3) The agreed price shall be due for payment within 30 calendar days of complete delivery and performance (including any agreed acceptance) and receipt of a proper invoice. If we make payment within 14 calendar days, Seller shall grant us a 3% discount on the net amount of the invoice.
- (4) We shall not owe any interest on arrears. The statutory provisions shall apply to default in payment.

Allgemeinen Einkaufsbedingungen L & S Deutschland GmbH

General Terms and Conditions of Purchase L & S Deutschland GmbH

- (5) We shall be entitled to rights of set-off and retention as well as the defence of non-performance of the contract to the extent provided by law. In particular, we shall be entitled to withhold payments due as long as we are still entitled to claims against Seller arising from incomplete or defective performance.
- (6) Seller shall have a right of set-off or retention only in respect of counterclaims which have become res judicata or are undisputed.

§ 7 Secrecy and Retention of Title

- (1) We reserve the property rights and copyrights to any illustrations, plans, drawings, calculations, execution instructions, product descriptions and other documents. Such documents shall be used exclusively for the contractual performance and shall be returned to us after completion of the contract. The documents must be kept secret from third parties, even after termination of the contract. The obligation to maintain secrecy shall only expire if and to the extent that the knowledge contained in the documents provided has become general knowledge.
- (2) Any tools, models and materials which we make available to Seller and/or which are manufactured for contractual purposes and which are separately invoiced to us by Seller, shall remain our property or shall become our property. Seller shall identify them as our property, store them carefully, protect them to a reasonable extent against damage of any kind and use them only for the purposes of the contract.
- (3) All costs incurred for the maintenance and repair of said tools shall be borne by Seller.
- (4) Seller shall notify us immediately of any damage to these tools and models that is not merely insignificant. Upon request, Seller shall be obliged to return them to us in proper condition if they are no longer required by Seller for the performance of the contracts concluded with us. Such items shall be insured against destruction and loss to a reasonable extent at Seller's expense.
- (5) Any processing, mixing and/or combination (further processing) by Seller of items provided, shall be carried out on our behalf. The same shall apply in the event of further processing of the delivered goods by us so that we shall be deemed to be the manufacturer and shall acquire ownership of the product at the latest upon further processing in accordance with the statutory provisions.
- (6) Any waste resulting from the processing of materials provided free of charge shall be returned to us. Seller shall immediately notify us of any defective or insufficient quantity of materials; otherwise this defence shall be forfeited. These materials are to be used exclusively for the execution of our orders. They may not be reproduced or used for any other purpose.
- (7) The transfer of ownership of the goods to us shall be unconditional and without regard to the payment of the price. However, if in individual cases we accept an offer of Seller to transfer title conditional on payment of the purchase price, Seller's retention of title shall expire at the latest upon payment of the purchase price for the goods delivered. We shall remain authorised to resell the goods in the ordinary course of business even prior to payment of the purchase price with advance assignment of the claim arising therefrom (alternatively, the simple reservation of title extended to the resale shall apply). This excludes all other forms of retention of title, in particular the extended retention of title, the passed-on retention of title and the retention of title extended to further processing.

§ 8 Defective Delivery

- (1) The statutory provisions shall apply to our rights in the event of material defects and defects of title of the goods (including wrong delivery and short delivery as well as improper assembly, defective assembly, operating and/or instruction manual) and in the event of other breaches of duty by Seller, unless otherwise stipulated below.
- (2) In accordance with the statutory provisions, Seller shall be liable in particular for ensuring that the goods have the agreed quality at the time of transfer of risk to us. In any case, those product descriptions which - in particular by designation or reference in our order - are the subject matter of the respective contract or were included in the

Allgemeinen Einkaufsbedingungen L & S Deutschland GmbH

General Terms and Conditions of Purchase L & S Deutschland GmbH

contract in the same way as these GTCP shall be deemed to be an agreement on the quality. In this it makes no difference whether the product description originates from us, from Seller or from the manufacturer.

- (3) We shall not be obliged to inspect the goods or to make special inquiries about any defects upon conclusion of the contract. In partial deviation from § 442 para. 1 s. 2 German Civil Code, we shall therefore also be entitled without restriction to claims for defects if the defect remained unknown to us at the time of conclusion of the contract due to gross negligence.
- (4) The statutory provisions (§§ 377, 381 German Commercial Code (HGB)) shall apply to the commercial duty to inspect and to give notice of defects with the following proviso: Our duty to inspect shall be limited to defects which become apparent during our incoming goods inspection under external examination including the delivery documents (e.g. transport damage, wrong and short delivery) or which are recognisable during our quality control in the random sampling procedure. Insofar as acceptance has been agreed, there shall be no obligation to inspect. In other respects, it shall depend on the extent to which an inspection is feasible in the ordinary course of business, taking into account the circumstances of the individual case. Our obligation to give notice of defects discovered later shall remain unaffected. Notwithstanding our duty to inspect, our notice of defect shall be deemed to have been given without undue delay and in good time if it is sent within 5 working days of discovery or, in the case of obvious defects, of delivery.
- (5) Subsequent performance shall also include the removal of the defective goods and their re-installation, provided that the goods have been installed in another item or attached to another item in accordance with their type and intended use; our statutory claim to reimbursement of corresponding expenses shall remain unaffected. The expenses necessary for the purpose of inspection and subsequent performance shall be borne by Seller even if it turns out that there was actually no defect. Our liability for damages in the event of an unjustified request to remedy a defect shall remain unaffected; in this respect, however, we shall only be liable if we recognised or have grossly negligently not recognise that there was no defect.
- (6) Notwithstanding our statutory rights and the provisions in Paragraph 5, the following shall apply: If Seller fails to meet Seller's obligation of subsequent performance - at our choice by remedying the defect (subsequent improvement) or by delivering an item free of defects (replacement delivery) - within a reasonable period of time set by us, we may remedy the defect ourselves and demand reimbursement from Seller of the expenses required for this purpose or a corresponding advance payment. If subsequent performance by Seller has failed or is unreasonable for us (e.g. due to particular urgency, risk to operational safety or imminent occurrence of disproportionate damage), no deadline need be set; we shall inform Seller of such circumstances without undue delay, if possible, in advance.
- (7) In all other respects, in the event of a material defect or defect of title, we shall be entitled to reduce the purchase price or to withdraw from the contract in accordance with the statutory provisions. In addition, we shall be entitled to claim damages and reimbursement of expenses in accordance with the statutory provisions.

§ 9 Supplier Recourse

- (1) We shall be entitled to our legally determined recourse claims within a supply chain (supplier recourse pursuant to §§ 445a, 445b, 478 German Civil Code) without limitation in addition to the defect claims. In particular, we shall be entitled to demand from Seller exactly the type of subsequent performance (repair or replacement delivery) that we owe to our customer in the individual case. Our statutory right of choice (§ 439 para. 1 German Civil Code) shall not be restricted hereby.
- (2) Before we acknowledge or fulfill a claim for defects asserted by our customer (including reimbursement of expenses pursuant to §§ 445a para. 1, 439 paras. 2 and 3 German Civil Code), we shall notify Seller and request a written statement, briefly setting out the facts. If a substantiated statement is not made within a reasonable period of time and if no amicable solution is reached, the claim for defects actually granted by us shall be deemed to be owed to our customer. In this case, Seller shall be responsible for proving the contrary.

Allgemeinen Einkaufsbedingungen L & S Deutschland GmbH

General Terms and Conditions of Purchase L & S Deutschland GmbH

- (3) Our claims from supplier recourse shall also apply if the defective goods have been further processed by us or another entrepreneur, e.g. by incorporation into another product.

§ 10 Produzentenhaftung / Producer Liability

- (1) If Seller is responsible for product damage, Seller shall indemnify us against third-party claims to the extent that the cause lies within Seller's sphere of control and organisation and Seller is liable itself in relation to third parties.
- (2) Within the scope of Seller's indemnification obligation, Seller shall reimburse expenses pursuant to §§ 683, 670 German Civil Code arising from or in connection with a claim by third parties including recall actions carried out by us. We shall inform Seller of the content and scope of recall measures - insofar as is possible and reasonable - and give him the opportunity to comment. Further legal claims shall remain unaffected.
- (3) Seller shall take out and maintain product liability insurance with a lump sum coverage of at least €5,000,000 million per personal injury/property damage.

§ 11 Limitation

- (1) The mutual claims of the contracting parties shall become statute-barred in accordance with the statutory provisions, unless otherwise stipulated below.
- (2) Notwithstanding § 438 para. 1 No. 3 German Civil Code, the general limitation period for claims for defects shall be 3 years from the transfer of risk. Insofar as acceptance has been agreed, the limitation period shall commence upon acceptance. The 3-year limitation period shall apply mutatis mutandis to claims arising from defects of title, whereby the statutory limitation period for claims in rem of third parties for the surrender of goods (§ 438 para. 1 No. 1 German Civil Code) shall remain unaffected. In addition, claims arising from defects of title shall in no case become time-barred as long as the third party can still assert the right against us - in particular in the absence of a limitation period.
- (3) The limitation periods of German Law on Sales including the above extension shall apply - to the extent provided by law - to all contractual claims for defects. Insofar as we are also entitled to non-contractual damages claims due to a defect, the regular statutory limitation period (§§ 195, 199 German Civil Code) shall apply, unless the application of the limitation periods of the Law on Sales leads to a longer limitation period in individual cases.

§ 12 Confidentiality

- (1) The parties undertake to treat confidential information of the other party as confidential for an unlimited period, in particular not to disclose it to third parties, to protect it against unauthorised access and to use it exclusively within the scope of the cooperation. The right to ordinary termination of this confidentiality obligation is excluded. Confidential information is:
 - conclusion and content of the contract;
 - information developed or originated in the course of the cooperation;
 - any information or documents disclosed to a party by or through the other party or in the course of the cooperation; and
 - knowledge of operational or organisational processes that the parties obtained in the course of the cooperation.

Allgemeinen Einkaufsbedingungen L & S Deutschland GmbH

General Terms and Conditions of Purchase L & S Deutschland GmbH

- (2) This obligation shall not apply if and to the extent that:
- confidential information was already known to the other party at the time of the conclusion of the contract or becomes known thereafter from a third party lawfully, i.e. without a confidentiality agreement, statutory provision or official order being violated thereby
 - confidential information is publicly known at the time of the conclusion of the contract or becomes publicly known thereafter without a culpable breach of the above obligation
 - confidential information has been independently developed or learned by the other party
 - disclosure is necessary in the context of the cooperation or to protect the legal interests of the party and is made to auxiliary persons who are bound to confidentiality in writing in accordance with the above obligation or to consultants who are bound to confidentiality under professional law
 - one party has released the other party from the obligation, or
 - a mandatory disclosure obligation exists due to statutory provisions, other applicable legal provisions or a court or official decision. In this case, the Parties shall notify each other thereof in writing or in text form without undue delay and jointly determine the scope of disclosure to the extent legally permissible.

§ 13 Choice of Law and Place of Jurisdiction

- (1) The law of the Federal Republic of Germany shall apply to these GTCP and the contractual relationship between us and Seller to the exclusion of international uniform law, in particular the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods.
- (2) If Seller is a merchant within the meaning of the German Commercial Code, a legal entity under public law or a special fund under public law, the exclusive - also international - place of jurisdiction for all disputes arising from the contractual relationship shall be our registered office in Rödinghausen. The same shall apply if Seller is an entrepreneur within the meaning of § 14 German Civil Code. However, we shall also be entitled in all cases to bring action at the place of performance of the delivery obligation in accordance with these GTCP or a prior individual agreement or at the general place of jurisdiction of Seller. Overriding statutory provisions, in particular regarding exclusive jurisdiction, shall remain unaffected.